



# Probleme sollen benannt werden

Akteure in Quadrath-Ichendorf befragt  
Forum für Bürger für Herbst geplant

**BERGHEIM-QUADRATH-ICHENDORF.** Die Probleme im mit 14 500 Einwohnern größten Bergheimer Stadtteil sind bekannt. Viele Einwohner beklagen sich über ein mangelndes Sicherheitsgefühl, die Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen haben noch nicht richtig zusammengefunden und beobachten sich miteinander argwöhnisch. Die Stadt hat als erste Reaktion eine Sozialpädagogin eingestellt, in Kürze wird ihr ein Streetworker an die Seite gestellt.

Um den Stadtteil gezielt voranzubringen, hatte die Stadt Vertreter aus Vereinen, Verbänden, Schulen, Kindergärten aber auch von Polizei und Ordnungsdienst eingeladen. Und das Interesse war groß: Von den 110 eingeladenen Akteuren im Ortsleben wollten mehr als 90 an der Entwicklung ihres Wohnorts mitarbeiten. „Verwaltung und Politik ist es wichtig, die Bürgerinnen und Bürger vor Ort mit den Problemen nicht allein zu lassen“, sieht Bürgermeisterin Maria Pfordt in der Konferenz eine gute Möglichkeit, einen Prozess anzustoßen mit dem Ziel, dass sich die Quadrath-Ichendorfer „wohl fühlen und

hier weiterhin gern leben.“ Am Anfang stand eine Bestandsaufnahme. In Arbeitsgruppen wurden zunächst die positiven Aspekte beleuchtet. „Viele haben subjektiv zum Ausdruck gebracht, dass es toll ist, in Quadrath-Ichendorf zu leben“, verriet Horst-Günter Lankers, bei der Stadt für die Stadtteilarbeit zuständig. Schwimmbad, Tierpark, Schulen waren nur einige der genannten Vorzüge.

Eine zweite Gruppe arbeitete die Probleme heraus und benannte unter anderem die Schwerpunkte Kriminalität, Unsicherheit und laute Jugendliche.

„Wir wollen eine Aufsicht von oben auf den Ort bekommen“, beschrieb Lankers die Projektidee, einen „Gesamtblick über den Tellerrand der Einzelmeinungen hinaus“ zu bekommen. Von weiteren Gesprächen und Auswertungen verspricht er sich ein „relativ genaues Bild, was zu tun ist“ bis zum Jahresende.

Im Herbst soll eine weitere Stadtteilkonferenz tagen werden. Dann sollen alle interessierten Bürger ihre Kritikpunkte und Ideen in den Prozess einbringen können. (ftz)